



Fortschreibung der Rohstoffstrategie der Bundesregierung

14. Januar 2020

Kernaussagen

Mineralische Rohstoffe sind die Basis unserer industriellen Wertschöpfung und haben einen großen Einfluss auf nachgelagerte Wirtschaftsbereiche. **Eine sichere, nachhaltige und verantwortungsvolle Rohstoffversorgung ist von großer Bedeutung für Deutschland als Industrie- und Exportstandort.** Damit kommt der Rohstoffpolitik – als Teil der Industriepolitik – eine entscheidende Rolle zu.

Während der Erarbeitung der Industriestrategie 2030 hat das federführende BMWi zeitgleich gemeinsam mit den anderen Ressorts begonnen, die erstmals im Jahr 2010 veröffentlichte Rohstoffstrategie der Bundesregierung fortzuschreiben. Denn die neuen technologischen Herausforderungen vor denen die Industrie in Deutschland steht (z. B. E-Mobilität, Energiewende/Klimaschutz, Digitalisierung) verändern den Rohstoffbedarf.

Am Beispiel der Elektromobilität zeigen sich derzeit ganz besonders die rohstoffbezogenen Herausforderungen. Mit der Elektrifizierung des Antriebs wird die Nachfrage nach einigen Rohstoffen, beispielsweise Lithium, Kobalt und Seltenen Erden, in den kommenden Jahren schnell ansteigen. Damit gehen einerseits Versorgungsrisiken einher, die bereits häufiger zu volatilen Rohstoffpreisen geführt haben. Andererseits ist die Gewinnung von Kobalt und Lithium in einigen Ländern mit negativen sozialen und Umweltauswirkungen verbunden.

Ziel der Rohstoffstrategie ist es, die Unternehmen bei einer sicheren, verantwortungsvollen und nachhaltigen Rohstoffversorgung zu unterstützen. Dabei werden ökologische, ökonomische sowie soziale Aspekte im Sinne der nachhaltigen Entwicklung berücksichtigt. Nicht zuletzt soll durch einen effizienten Umgang mit Rohstoffen der Einsatz von Primärrohstoffen möglichst niedrig gehalten und damit die Umwelt geschont werden.

Um diese Ziele zu erreichen, beschließt die Bundesregierung 17 konkrete Maßnahmen.

Erfolgreiche Maßnahmen der ersten Rohstoffstrategie werden beibehalten und weiterentwickelt. Dazu zählen z. B. die Garantien für Ungebundene Finanzkredite (UFK-Garantien) – mit denen bislang für neun Projekte Garantien in einer Größenordnung von rund 4,4 Milliarden Euro übernommen werden konnten –, das Rohstoffmonitoring der Deutschen Rohstoffagentur sowie die Rohstoffkompetenzzentren an Auslandshandelskammern in ausgewählten Ländern.

Neue Maßnahmen kommen hinzu, um die Unternehmen noch besser bei der Bewältigung der neuen Herausforderungen zu unterstützen. Dazu zählen neben der F&E-Förderung von Projekten im Bereich der Rohstoffverarbeitung (u. a. Aufbereitungstechnik und Metallurgie) und im Leichtbau (Technologietransfer-Programm Leichtbau) auch die Einrichtung eines „Runden Tisches“ mit dem Ziel, gemeinsam mit der Wirtschaft den Einsatz von mineralischen Sekundärrohstoffen aus dem Recycling zu erhöhen. Das Recycling und die Nutzung von mineralischen Sekundärrohstoffen mindern nicht nur die Importabhängigkeit, sondern leisten einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zu geschlossenen Rohstoffkreisläufen.

Die Rohstoffstrategie reagiert auf neue Herausforderungen und beinhaltet ein **ausgewogenes Paket**. Es reicht von konkreten außenwirtschaftlichen Finanzierungsinstrumenten (UFK), über ein verstärktes Rohstoffmonitoring und eine Stärkung der internationalen Rohstoffpolitik (über die Stärkung internationaler Initiativen, wie die der Weltbank oder die Initiative EITI, und die Einrichtung eines neuen Kompetenzzentrums in Ghana), bis hin zu konkreten F&E-Projekten in Deutschland und der Unterstützung der Bundesländer bei der Transformation von Bergbauregionen, u. a. durch ein „Forschungs- und Entwicklungszentrum Bergbaufolgelandschaften“ in der Lausitz.

Mit der Verabschiedung der Rohstoffstrategie wird die Bundesregierung unmittelbar mit der Umsetzung der darin genannten Maßnahmen beginnen. Die jeweiligen Ressorts sind für die Umsetzung der sie betreffenden Maßnahmen zuständig.

Überblick über die 17 Maßnahmen der Rohstoffstrategie

Maßnahme 1 – Verantwortungsvolle Rohstoffgewinnung

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung unter ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten, hohe Standards im Bergbau europaweit und international weiter zu etablieren (Förderung des Aufbaus verantwortungsvoller Lieferketten beispielsweise durch Multi-Akteurs-Partnerschaften wie die European Partnership for Responsible Minerals [EPRM] sowie durch Maßnahmen zur verbesserten Umsetzung einschlägiger Umwelt- und Sozialstandards; weitere Umsetzung von EITI [Extractive Industries Transparency Initiative] auch mit Blick auf Nachhaltigkeitsstandards).

Maßnahme 2 – Sicherung und Offenlegung geologischer Daten

Gesetz zur Verfügbarkeit geologischer Daten wurde im Dezember 2019 im Kabinett verabschiedet (regelt Datensicherung und den Zugang zu geologischen Daten für Unternehmen, Behörden und die Öffentlichkeit).

Maßnahme 3 – Primäre Rohstoffgewinnung in Deutschland und Europa im Bereich Metall fördern

Die Bundesregierung wird Initiativen der EU-Kommission unterstützen, die auf eine Wiederbelebung der primären Gewinnung von notwendigen metallischen Rohstoffen für E-Mobilität und Energiewende in den Mitgliedstaaten der EU abzielen; außerdem Prüfung der finanziellen Unterstützung von Machbarkeitsstudien für Projekte zur umwelt- und klimaverträglicheren Rohstoffversorgung.

Maßnahme 4 – Heimische Rohstoffsicherung

Die Bundesregierung wird die BGR beauftragen, ein Programm zu entwickeln, mit dem die Staatlichen Geologischen Dienste der Länder bei der Rohstofferkundung durch Bereitstellung von geeigneter wissenschaftlich-technischer Infrastruktur unterstützt werden können.

Maßnahme 5 – Transformation von Bergbauregionen – Nachhaltige Bergbauschließung

Gründung eines „Forschungs- und Entwicklungszentrum Bergbaufolgelandschaften“ als Teil der BGR in der Lausitz.

Maßnahme 6 – Akzeptanz für heimische Rohstoffgewinnung stärken

Verbesserung der Informationsbereitstellung über Rohstoffinformationen durch die BRG; weiterhin aktive Umsetzung der EITI in Deutschland, um den Dialog mit der Zivilgesellschaft und die Transparenz zu stärken.

Maßnahme 7 – Level Playing Field in der Rohstoffversorgung schaffen

Aufgrund der weltweit deutlichen Zunahme von staatlichen Interventionen in der Rohstoffsicherung wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Möglichkeiten zusätzlicher staatlicher Maßnahmen zur Rohstoffsicherung in einer Auftragsstudie prüfen lassen.

Maßnahme 8 – Internationale Rohstoffpolitik stärken

Die Bundesregierung wird bestehende Kompetenzzentren im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung finanziell dauerhaft absichern und ein neues vom BMWi gefördertes Kompetenzzentrum für Bergbau und Rohstoffe in Ghana einrichten; Ausweitung der Zuständigkeit des bestehenden vom BMWi geförderten Kompetenzzentrums an der AHK Südliches Afrika auf weitere rohstoffwirtschaftlich interessante Länder. Prüfung der Einrichtung eines Kompetenzzentrums in Asien.

Maßnahme 9 – Außenwirtschaftsförderung (UFK-Garantien) weiterentwickeln

UFK-Garantien ausbauen und in Zukunft auch für so genannte Corporate Finanzierungen anbieten, bei denen die Mittel nicht an ein konkretes Investitionsvorhaben gebunden sind. Voraussetzung wird weiterhin sein, dass im Gegenzug langfristige Abnahmeverträge zur Sicherung der Rohstoffversorgung deutscher Abnehmer geschlossen werden und Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards eingehalten werden.

Maßnahme 10 – Weiterentwicklung des Rohstoffmonitorings

Zur Erhöhung der Markttransparenz und zur Beratung der deutschen Industrie und Politik sollen die Leistungen im Rahmen des Rohstoffmonitorings der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) weiter ausgebaut werden.

Maßnahme 11 – Nachhaltige Rohstoffwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern unterstützen

Unterstützung der Weltbank durch das BMZ bei Ausbau und Weiterentwicklung einer Strategie zu „Climate Smart Mining“, auf deren Grundlage der Bergbausektor klimasensibler und umweltschonender gestaltet werden soll.

Maßnahme 12 – Kreislaufwirtschaft, Rückgewinnung und Wiederverwendung durch konkrete F&E-Projekte stärken

Die Bundesregierung wird Forschungs- und Entwicklungsprojekte in den Bereichen Aufbereitungstechnik und Metallurgie fördern, um komplexe Recyclingprozesse zu optimieren und damit die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen. Dies gilt insbesondere für Rohstoffe für Zukunftstechnologien, wie Seltene Erden, Indium, Gallium, Germanium, Lithium etc.

Maßnahme 13 – Einrichtung eines „Runden Tisches“ mit der Wirtschaft, um den Einsatz von mineralischen Sekundärrohstoffen aus dem Recycling zu erhöhen

Um den Beitrag von Sekundärrohstoffen für die Versorgungssicherheit von Industriemineralen und metallischen Rohstoffen zu stärken, wird die Bundesregierung mit der betroffenen Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung in einen Dialog eintreten.

Maßnahme 14 – Rohstoff- und Ressourceneffizienz stärken durch BMWi-Technologietransfer-Programm Leichtbau

Das BMWi entwickelt ein Technologietransfer-Programm Leichtbau, das den material- und branchenübergreifenden Technologie- und Wissenstransfer im Leichtbau zum Ziel hat.

Maßnahme 15 – Unternehmerische Sorgfaltspflichten in Liefer- und Wertschöpfungsketten stärken

Das BMU wird einen internationalen Prozess zur Erarbeitung eines internationalen Leitfadens zu ökologischen Sorgfaltspflichten in Rohstofflieferketten initiieren – in Analogie zum bestehenden OECD-Leitfaden für Rohstoffe aus Konfliktgebieten.

Maßnahme 16 – Internationale Zusammenarbeit stärken durch internationalen Dialog über Standards

Internationalen Dialog führen über ein gemeinsames Verständnis zu Standards der globalen Rohstoffwirtschaft sowie Handlungsansätze zu deren Umsetzung. Die Bundesregierung unterstützt das Internationale Forum für Bergbau, Minerale, Metalle und nachhaltige Entwicklung (IGF) bei der Entwicklung von Leitlinien und Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Rohstoffpolitik in seinen Mitgliedsländern.

Maßnahme 17 – Zusammenarbeit mit der EU-Kommission zur nachhaltigen Rohstoffversorgung

Die Herausforderungen im Rohstoffbereich gelten auch für die meisten anderen Mitgliedstaaten der EU. Die Bundesregierung unterstützt deshalb die Maßnahmen der EU-Kommission zur nachhaltigen Rohstoffversorgung.